

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
markregeln@e-control.at

24. Oktober 2019

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf der Gas-Marktmodell-Verordnung 2020

OMV Gas
Marketing & Trading GmbH

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir nehmen Bezug auf den im Betreff genannten Begutachtungsentwurf zur Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 („GMMO-VO“), wie er auf der Webseite der E-Control bereitgestellt wird und geben dazu folgende Stellungnahme ab sowie Vorschläge zu möglichen Anpassungen bekannt:

OMV Gas
Marketing & Trading GmbH
Trabrennstraße 6-8
1020 Wien, Österreich

Registriert beim
Handelsgericht Wien
unter FN 223028h
Gesellschaftssitz Wien
UID ATU54475900
DVR-Nr. DVR 4017036

www.omv-gas.com

1. Zu den Allgemeinen Regelungen zum Netzzugang im Fernleitungsnetz (2. Teil Netzzugang 1. Abschnitt)

- **§ 5 Abs. 2:** Gemäß dieser Bestimmung sollen Fernleitungsnetzbetreiber unterbrechbare Kapazitäten getrennt nach Klassen vergeben können, welche die unterschiedlichen Unterbrechungswahrscheinlichkeiten reflektieren.

Aktuell sieht die GSNE-VO (zuletzt geändert mit der Novelle 2019) keine derartige ex-ante Tarifierung vor. Gemäß § 6 NC TAR ist allerdings standardmäßig ein ex-ante Abschlag grundsätzlich für Standardkapazitätsprodukte vorgesehen, außer es ist im vorangegangenen Gasjahr keine Kapazitätsunterbrechung aufgrund physischer Engpässe aufgetreten.

Unserer Ansicht nach steht die Einführung von Kapazitätsklassen bei Standardkapazitätsprodukten im Widerspruch zu den Vorschriften zur Berechnung eines ex-ante Abschlags vom Reservepreis gemäß § 16 Abs. 2 und Abs. 3 NC TAR. Darüber hinaus ist eine getrennte Ermittlung des Abschlags für jedes einzelne Standardkapazitätsprodukt (J,Q,M,T) ohnehin gemäß NC TAR vorgesehen, weshalb wir vorschlagen, diesen Abs. 2 im § 5 zu streichen.

Die Fernleitungsnetzbetreiber sollen gemäß der Möglichkeit nach §32 Abs 2. NC CAM und somit unabhängig von den

Vermarktungsergebnissen in den vorhergehenden Tagesauktionen in jedem Fall unterbrechbare Tagesprodukte anbieten. Dies trägt zu einer Erhöhung des Kapazitätsangebots und somit zu einem positiven Effekt auf die Liquidität des österreichischen Handelspunkts bei.

Die beiden Fernleitungsnetzbetreiber GCA und TAG bieten diese Möglichkeit bereits an. Wir erachten es allerdings im Sinne der Planbarkeit und Sicherheit für Transportkunden als sinnvoll, dieses grundsätzlich aus Sicht der TSOs freiwillige Kapazitätsangebot zukünftig in der GMMO-VO festzulegen und ersuchen deshalb um einen ergänzenden Paragraphen im Abschnitt „Kapazitätsangebot“.

- **§ 6 Abs. 3:** In § 6 Abs. 3 ist seit der 1. Novelle der GMMO-VO im Jahr 2017 der Kapazitätsumwandlungsdienst geregelt. Dieser sieht vor, dass Netzbenutzer „spätestens drei Arbeitstage nach der gebündelten Buchung von frei zuordenbaren Ein- oder Ausspeisekapazitäten dem Fernleitungsnetzbetreiber die Inanspruchnahme des Kapazitätsumwandlungsdienstes anzuzeigen“ haben.

Wir ersuchen um Ausdehnung der Frist auf fünf Arbeitstage, da unserer Erfahrung nach die Abwicklung über die Schriftform und die firmenmäßige Zeichnung von Formularen in einer Zeit von drei Arbeitstagen sehr schwer möglich ist.

- **§ 9, Zuordnung von Kapazitäten zu Bilanzgruppen**

Durch den zunehmenden Handel von Kapazitäten am Sekundärmarkt wäre es aus unserer Sicht als Bilanzgruppenverantwortlicher („BGV“) sinnvoll und notwendig, dass dem BGV die Möglichkeit gegeben wird, sämtliche primär gebuchten sowie von anderen Transportkunden am Sekundärmarkt erworbenen aber auch zum Zwecke der Nominierung zugeordneten Kapazitäten stundenaktuell auf den elektronischen Buchungsplattformen der Netzbetreiber oder dem Datenportal des MVGM einzusehen. Dies ist aktuell nicht möglich, sodass erhöhter Abstimmungsbedarf mit den TSOs, beispielsweise vor Monatswechseln, notwendig ist. Es besteht aber auch ein erhöhtes Risiko, dass Kapazitätsgrenzen an relevanten Ein- und Ausspeisepunkten überschritten werden bzw. nicht rechtzeitig vom BGV überprüft werden können. Zudem ist der Zuordnungsprozess von sekundär gehandelten Kapazitäten ein manueller Prozess, der einer Kontrolle seitens des Käufers bzw. den zum Zwecke der Nominierung zugeordneten BGVs bedarf. Speziell bei kurzfristig gehandelten Kapazitäten stößt der Prozess der individuellen Abstimmung und Kontrolle an seine Grenzen.

2. Zur Kommerziellen Bilanzierung (4. Teil, 3. Abschnitt)

Der vorläufige Bilanzgruppensaldo scheint (zusätzlich zu nicht stündlich gemessenen Zählpunkten) durch die Anwendung der nachträglich ermittelten Brennwerte (je Brennwertbezirk) verfälscht, dies mit Gültigkeit ab 01.01.2023.

Dadurch besteht die Gefahr, dass sich Versorger im Clearingprozess außerhalb des Flexibilitätsbandes befinden und dadurch womöglich

Strukturierungskosten zu tragen haben, obwohl dieses aufgrund der vorläufigen Daten nie überschritten wurde. Die Bewirtschaftung der Positionen innerhalb des Flexibilitätsbandes weist also folgende Risiken auf:

Innerhalb des Gastages ist die Höhe des Flexibilitätsbandes nicht genau bekannt (errechnet sich aus 4% des Tagesverbrauchs, wobei der genaue Tagesverbrauch Prognosefehlern, dem Abnahmeverhalten der Kunden und den nachträglichen Brennwertänderungen unterliegt).

Das bedeutet, dass sich ex-post - im Zuge des Clearingprozesses - der tatsächliche Energieverbrauch der Kunden ermittelt und daraus resultierend sich die Grenzen des Flexibilitätsbandes verschieben.

Wir schlagen daher folgende Adaptierungsmöglichkeiten vor:

- 1) Den vorläufigen Brennwert für das ergänzende untertägige Anreizsystem zu verwenden.*
oder
- 2) Einen zusätzlichen Risikopuffer im Flexibilitätsband um die allfällig ungenauen Verbrauchsmessungen auf Energiebasis durch Netzbetreiber während des Monats auszugleichen.*

- **§ 25, Kosten- und Erlösneutralität der Bilanzierungsstelle**

Die mengenmäßige Grundlage der Clearingentgelte gemäß § 24 (4) GMMO-VO-Entwurf bezieht sich auf alle Allokationskomponenten gemäß § 21 (1) GMMO-VO-Entwurf. Das bedeutet, dass für alle Importe, Exporte, saldierte CEGH Handelsgeschäfte, Einspeicherungen, Ausspeicherungen, Abgaben an Endkonsumenten, Produktionsübernahmen Clearinggebühren anfallen. Die Mengengrundlage muss aber lt. § 89 GWG der Umsatz an Erdgas der jeweiligen Bilanzgruppe im Verteilernetz sein, jedoch keinesfalls alle Allokationskomponenten.

Im Zusammenhang mit der Bilanzierungsumlage sind wir der Meinung, dass es zu massiven Mehrfachverrechnungen für ein und dasselbe MWh Gas kommt. Beispiel: Übernahme und Import von Gas (1x), Einspeicherung von Teilmengen im Sommer (2x), Ausspeicherung im Winter (3x) und Verkauf am Hub (4x).

Darüber hinaus wird ein großer Teil des am virtuellen Handelspunkt gehandelten Gases über die Börse schon „gecleart“ (ECC). Beim Nominieren dieses Gases fallen zukünftig dann noch einmal Clearinggebühren bei der Bilanzierungsstelle an!?

Wir schlagen daher vor, die Bilanzierungsumlage neben dem Umsatz an Erdgas der jeweiligen Bilanzgruppe im Verteilernetz gemäß Art 30 Abs.3 NC BAL proportional zu dem Umfang, in dem der Netznutzer die jeweiligen Ein- oder Ausspeisepunkte oder das Fernleitungsnetz nutzt, für die mengenmäßige Grundlage heranzuziehen. Daraus ergibt sich für uns, dass Mengen welche am virtuellen Handelspunkt gehandelt werden nicht für die Umlage herangezogen werden.

Des Weiteren sehen wir die Hinzunahme der Speicherallokationen als nicht sinnvoll an, da Speicher einen essenziellen Beitrag zur Netzstabilität leisten und daher nicht mit einer Bilanzierungsumlage belastet werden sollen.

3. Zur Informationsbereitstellung und Transparenz (4. Teil, 5. Abschnitt)

- **§ 32 Abs. 9 Z 3:**

Die stündliche Bereitstellung der vorläufigen Daten von Endkunden mit einer Anschlussleistung zwischen 10.000 kWh/h und 50.000 kWh/h an den Versorger wurde scheinbar vergessen. Diese Daten sind für eine hochqualitative Prognose essentiell, zumal sie im Zuge der Inkraftsetzung der aktuellen Novelle der GMMO-VO per 01.10.2019 eben erst eingeführt wurde.

- **§ 32 Abs. 10 GMMO-VO:**

Der BGV ist verpflichtet informative Großabnehmerfahrpläne für Abnahmestellen mit einer Anschlussleistung größer 50.000 kWh/h bereit zu stellen. Die Übermittlung von stündlichen Daten durch den MVGM an den BGV bildet dafür die Grundlage. Auch diese Datenbereitstellung findet sich im vorliegenden Entwurf der GMMO-VO nicht wieder.

Wir bitten um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Rückfragen (Herr Rainer Zehetner, Tel. 40440 6 23439) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



OMV Gas
Marketing & Trading GmbH
Trabrennstraße 6-8
1020 Wien, Österreich
Tel. +43 1 40440-0



RF
RZ
RZ